

Bericht

über die Maßnahmen

des Gleichbehandlungsprogramms

der Mainzer Stadtwerke AG,

der Mainzer Netze GmbH

und der

Überlandwerk Groß-Gerau GmbH

in der Zeit vom

01.01.2021 bis 31.12.2021

Mainz, den 03.03.2022

Präambel

Mit dem vorliegenden Gleichbehandlungsbericht kommt die **Mainzer Stadtwerke AG** (im Folgenden: **MSW**) ihrer Verpflichtung aus § 7a Abs. 5 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) nach.

Der Bericht umfasst den Zeitraum vom 01.01.2021 bis 31.12.2021 und befasst sich mit den Maßnahmen des Gleichbehandlungsprogramms (**GBP**) der MSW vom 18.11.2005 zur diskriminierungsfreien Ausübung des Netzgeschäfts.

Der Bericht wird vorgelegt für die Unternehmensgruppe MSW. Hierzu gehören insbesondere

- die Mainzer Netze GmbH (**MN**) als Netzbetreibergesellschaft der MSW;
- die Muttergesellschaft MSW;
- die COUNT + CARE GmbH & Co. KG (**COUNT+CARE**) als operativ unabhängiger IT-Dienstleister;
- die Überlandwerk Groß-Gerau GmbH (**ÜWG**) als technischer Dienstleister;
- die ÜWG Stromnetze GmbH & Co. KG (**ÜWGS**), die Eigentum und Konzessionen an Stromnetzen im Großraum Groß-Gerau hält;
- die Rheinhessen-Energie GmbH (**RHE**), die Eigentum und Konzessionen an Stromnetzen in Rheinhessen hält,
- die Mainzer Stadtwerke Vertrieb und Service GmbH (**MSVS**), Strom- und Gasvertriebsgesellschaft.

Vorgelegt wird der Bericht von Herrn Thomas Scheidt, dem Gleichbehandlungsbeauftragten der MSW. Der Bericht wird im Internet (www.mainzer-netze.de) veröffentlicht.

Teil A:

Selbstbeschreibung der Mainzer Stadtwerke AG

Im Hinblick auf die Entflechtungsanforderungen gab es im Berichtszeitraum keine Änderungen der Aufbauorganisation der Unternehmensgruppe MSW:

Die MSW fungiert als Muttergesellschaft mit Eigentum an den Wassergewinnungsanlagen (inkl. Wasseraufbereitungsanlagen) und Wassernetz sowie dazugehörigen Grundstücken und ist im Strombereich sowie im Gasbereich ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen mit angeschlossenen Beteiligungen, das sich im Berichtszeitraum in die folgenden Referate und Geschäftsbereiche aufgliederte:

1. Recht
2. Corporate Governance
3. Unternehmenskommunikation
4. Finanzen
5. Infrastrukturentwicklung / Immobilienmanagement
6. Strategisches Personalmanagement
7. Digitalisierung/IT und Projekte
8. Innovationsmanagement

Vorstände der Gesellschaft waren im Berichtszeitraum Herr Daniel Gahr und Herr Dr. Tobias Brosze. Im Jahresdurchschnitt waren 72 Mitarbeiter beschäftigt.

Die unter den Gesichtspunkten des Gleichbehandlungsprogramms wesentlichen Beteiligungen der MSW sind:

1. Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW):

MSW ist an der KMW mit 50,0 % beteiligt. Mitgesellschafter ist mit ebenfalls 50 % die ESWE Versorgungs AG, Wiesbaden. Vorstände der Gesellschaft waren im Berichtszeitraum die Herren Stephan Krome sowie Jörg Höhler. Seit dem 01.02.2021 ist Dr. Oliver Malerius neuer Vorstandsvorsitzender der KMW. Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtszeitraum im Jahresdurchschnitt ca. 456 Mitarbeiter. KMW hat einen eigenen Gleichbehandlungsbeauftragten ernannt und erstellt einen eigenen Gleichbehandlungsbericht.

2. COUNT + CARE GmbH & Co. KG (COUNT+CARE):

MSW ist an COUNT+CARE mit 25,1 % als Kommanditistin beteiligt. Die restlichen Kommanditanteile hält die Entega AG. Die Komplementärin COUNT+CARE Verwaltungs-GmbH ist ohne Kapitaleinlage an der KG beteiligt.

Die Servicegesellschaft COUNT+CARE erbringt wesentliche Leistungen für MSW, MSVS, ÜWG und MN in den Bereichen IT-Dienstleistungen, Kunden- und Abrechnungsservice, Messstellenbetrieb sowie Energiedatenmanagement. Dabei wickelt die Gesellschaft die folgenden, unter Gleichbehandlungsgesichtspunkten wesentlichen Geschäftsprozesse operativ ab:

Für Netzbetreiber	Für Energievertriebe
Lieferantenwechsel Strom und Gas	Kundenwechselmanagement Strom und Gas
Energiedatenmanagement	Abrechnung Energie
Abrechnung Netznutzung	
Zählerdatenermittlung	
Dienstleistungen für grundzuständigen Messstellenbetrieb	Dienstleistungen für wettbewerblichen Messstellenbetrieb

Die Gesellschaft hat bereits zum 01.01.2005 wesentliche organisatorische Änderungen vorgenommen und somit den Wettbewerbs- und Unbundling-Anforderungen Rechnung getragen. Die aktuelle Organisationsstruktur differenziert sich in die folgenden Bereiche:

- Messstellenbetrieb/Ablesung
- Abrechnung
- Forderungsmanagement
- Energiespezifische IT-Dienstleistungen
- Basis IT-Dienstleistungen
- Zählerfernauslesung/Energiedatenmanagement
- Zahlungsverkehr/Abschlussteam

Mit dieser Struktur wurden die Voraussetzungen für die Umsetzung des Gleichbehandlungsprogramms geschaffen.

Geschäftsführer waren im Berichtszeitraum die Herren Volker Abert und José David da Torre Suárez. Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt ca. 312 Mitarbeiter.

COUNT+CARE fungiert seit dem 01.01.2009 auch als Messstellenbetriebs-Dienstleister für den grundzuständigen Messstellenbetreiber MN und seit 2021 für den wettbewerblichen Messstellenbetrieb durch MSVS. Dieses Geschäftsmodell ist, wie auch die vorgenannten Geschäftsprozesse des Netzbetreibers, vertraglich abgesichert.

3. Mainzer Netze GmbH (MN):

Die Netzbetreibergesellschaft Energienetze Rhein-Main GmbH wurde zum 01.11.2011 zur „großen Netzgesellschaft“ erweitert und in Stadtwerke Mainz Netze GmbH umfirmiert. Seit Mai 2017 firmiert die Gesellschaft als Mainzer Netze GmbH.

In dieser Gesellschaft ist die Netzbetreiberfunktion der Strom- und Gasnetze angesiedelt, ebenso die Wasserversorgung und Kommunikationstechnik sowie die Betreiberfunktion für die Schienenwege der Hafenbahn Mainz als Eisenbahninfrastrukturunternehmen. Ergänzend wurden die technischen und kaufmännischen Serviceabteilungen inkl. des Personalwesens dorthin überführt.

MN ist seit Dezember 2015 Eigentümerin von Strom- und Gasnetzen in Mainz und Umgebung, da die Stadtwerke Mainz Eigentums GmbH (SWME) auf MN verschmolzen wurde. Weiterhin hat MN als Strom- bzw. Gasnetzbetreiberin Assets von drei Netzeigentumsgesellschaften gepachtet: ÜWGS, RHE sowie von der Netzwerk Untermain GmbH (NWU). Die NWU, die nicht mit der MSW oder sonstigen MSW-Konzerngesellschaften verbunden ist, sondern der Stadt Raunheim im Kreis Groß-Gerau, Hessen, gehört, ist Eigentümer und Konzessionär des Gasnetzes (ab 01.05.2011) und des Stromnetzes (ab 01.01.2012) im Konzessionsgebiet der Stadt Raunheim und hat diese Netze jeweils zum gleichen Zeitpunkt an MN verpachtet. Im Rahmen von Netzübernahmen in den Gemeinden Lörzweiler und Zornheim ist mit dem Netzkauf zum 01.01.2016 das Netzeigentum zu MN übergegangen. Die Eisenbahninfrastruktur für den Betrieb der Hafenbahn Mainz wird durch MN von MSW gepachtet.

Die Netzbetreibergesellschaft MN beschäftigt insgesamt 562 Personen (inkl. Geschäftsführung und Auszubildende). Geschäftsführer waren im Berichtszeitraum die Herren Michael Worch und Mithun Basu.

Es gibt zwischen MN und der MSW Dienstleistungsverträge, auf deren Basis eine kostenbasierte Abrechnung der ausgetauschten (i. d. R. kaufmännischen und Verwaltungs-) Dienstleistungen erfolgt.

Im Berichtszeitraum gliederte sich die MN in folgende Organisationseinheiten, die unmittelbar der Geschäftsführung berichten:

	Hauptabteilungen / Abteilungen	Stabsabteilungen / Stabsstellen
1.	Netzmanagement	Controlling
2.	Netzservice und Facility Management	Betriebliches Sicherheitsmanagement
3.	Instandhaltung und Montage	Energierrecht
4.	Rechnungswesen	Kaufm. Sonderaufgaben
5.	Personal	
6.	Netzwirtschaft und Regulierung	
7.	Beschaffung und Einkauf (seit 01.01.2021)	
8.	Prozess- und Informationsmanagement	
9.	Kommunikations- und Sicherheitstechnik	

Aktuelle Zahl der Letztverbraucher per 31.12.2021:

a) Strom:	Letztverbraucher:	221.348
b) Gas:	Letztverbraucher:	58.517

Weitere Strukturdaten sind auf der Homepage der MN im Internet zu finden.

In Lörzweiler (Verbandsgemeinde Bodenheim) übernahm die MN die Stromnetzbetreiberverantwortung ab 01.01.2014, nachdem die MSW den Konzessionswettbewerb gewonnen hatte.

Gleiches gilt für Zornheim (Verbandsgemeinde Nieder-Olm) mit Stichtag 01.01.2015.

4. Überlandwerk Groß-Gerau GmbH (ÜWG):

MSW ist an ÜWG mit 95 % beteiligt. Der Geschäftsführer der Gesellschaft war im Berichtszeitraum Herr Jürgen Schmidt. Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt 60 Mitarbeiter. Sie fungiert als technischer Dienstleister.

5. ÜWG Stromnetze GmbH & Co. KG (ÜWGS):

ÜWG ist an der ÜWGS mit 25,1 % als Kommanditistin beteiligt. Die restlichen Kommanditanteile hält der Zweckverband Riedwerke Kreis Groß-Gerau. Die Komplementärin ÜWG Stromnetze Verwaltungs GmbH ist ohne Kapitaleinlage an der KG beteiligt. Die ÜWGS ist eine Netzeigentumsgesellschaft ohne Personal. Im September 2009 wurden das Eigentum und die Konzessionen für die Stromnetze der ÜWG dorthin übertragen. Geschäftsführer der Gesellschaft waren im Berichtszeitraum Herr Mithun Basu und Herr Norbert Alber.

6. Rheinhessen-Energie GmbH (RHE):

MSW ist mit 12,55 % an der RHE beteiligt. RHE hat zum 01.01.2011 die Konzessionen und das Eigentum an den Stromnetzen in drei Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Sprendlingen-Gensingen (Badenheim, St. Johann und Sprendlingen) erworben. Diese Netze sind seit diesem Zeitpunkt zum Netzbetrieb an die MN verpachtet.

Seit dem Jahr 2020 hat RHE darüber hinaus mit den restlichen 7 Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Sprendlingen-Gensingen (Aspishheim, Gensingen, Grolsheim, Horrweiler, Welgesheim, Wolfsheim und Zotzenheim) Konzessionsverträge Strom und gleichzeitig mit allen 10 Ortsgemeinden Konzessionsverträge Gas abgeschlossen. Die zugehörigen Netzübernahmen stehen noch aus.

Geschäftsführerin der Gesellschaft war im Berichtszeitraum Frau Rika Glöde.

7. Mainzer Stadtwerke Vertrieb- und Service GmbH (MSVS)

Die MSW hat zum 24. Oktober 2016 den Wiedereinstieg in den Vertrieb von Strom und Gas über ihre Tochtergesellschaft MSVS vollzogen. Geschäftsführerin der Gesellschaft war im Berichtszeitraum Frau Dr. Sandra Schmidt.

8. Weitere Beteiligungen:

Darüber hinaus ist MSW im Wesentlichen noch an den folgenden Gesellschaften direkt beteiligt:

- Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH (ZBM 2,78% / MSW 97,22%)
- Mainzer Fernwärme GmbH (66,67 %)
- Mainzer Stadtbad GmbH (100 %)
- Mainzer Breitband GmbH (100 %)
- Mainzer Erneuerbare Energien GmbH (100 %)
- RIO Windkraft GmbH & Co. KG (50 %)
- RIO Energieeffizienz GmbH & Co. KG (49,8 %)
- Zollhafen Mainz GmbH & Co. KG (49,9 %)
- Mainzer Wärme GmbH (100 %)
- evb Energieversorgung-Betriebsgesellschaft mbH (100%)
- PIONEXT GmbH (33,33 %)
- Wasserversorgung Rheinhessen-Pfalz GmbH (3,23 %)
- Diverse EEG-Projektgesellschaften

Teil B:

Maßnahmen zur diskriminierungsfreien Ausübung des Netzgeschäfts

Das Gleichbehandlungsprogramm der MSW enthält die Maßnahmen zur diskriminierungsfreien Ausübung des Netzgeschäfts. Im Rahmen dieses Berichts stellt MSW dar, wie die Maßnahmen während des Berichtszeitraumes im Unternehmen vermittelt und ausgestaltet worden sind. Der Aufbau des Gleichbehandlungsberichts orientiert sich an dem von den Verbänden BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. und dem Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) empfohlenen Konzept.

I. Ausgestaltung des Gleichbehandlungsmanagements

1. Gleichbehandlungsprogramm (GBP)

Das GBP wurde am 18.11.05 durch Vorstandsbeschluss in Kraft gesetzt. Es ist die Grundlage für das unternehmensinterne Gleichbehandlungsmanagement.

Um die aus dem GBP resultierenden Pflichten zu vermitteln, wurden für die mit Tätigkeiten des Netzbetriebs befassten Mitarbeiter im Februar 2006 gezielte Informationsveranstaltungen bzw. Schulungen durchgeführt. Um die Einhaltung der durch das GBP festgelegten Pflichten durch die betroffenen Mitarbeiter sicherzustellen, wurde eine entsprechende Betriebsvereinbarung geschlossen, die auch gegenüber Mitarbeitern der MN Bindungswirkung entfaltet. Das GBP ist mithin Bestandteil der arbeitsrechtlichen Pflichten der Arbeitnehmer.

Bei Neueinstellungen von Mitarbeitern werden dem Arbeitsvertrag grundsätzlich das GBP sowie die dazugehörige Betriebsvereinbarung in der jeweils gültigen Fassung beigelegt. Die Mitarbeiter bestätigen der Personalabteilung den Empfang der Unterlagen schriftlich. Jährlich übergibt die Personalabteilung dem Gleichbehandlungsbeauftragten eine Liste der in den vergangenen zwölf Monaten neu eingestellten Mitarbeiter. So ist gewährleistet, dass auch die neuen Mitarbeiter in einem vertretbaren Zeitraum in Sachen Gleichbehandlungsmanagement informiert und geschult werden.

2. Gleichbehandlungsbeauftragter/-stelle

Im Berichtszeitraum gab es keine personellen Veränderungen.

Gleichbehandlungsbeauftragter ist der Leiter des Referates Corporate Governance der MSW, Herr Thomas Scheidt. Sein Stellvertreter ist seit 01.06.2009 Herr Michael Seibel, Referent Compliance und Datenschutzbeauftragter.

Für die erfolgreiche Führung eines Unternehmens aus ganzheitlicher Sicht lassen sich aus den Anforderungen der Corporate Governance vier grundlegende Governance-Gestaltungsfelder ableiten: Risikomanagementsystem (RMS), Internes Kontrollsystem (IKS), Compliance-Management-System (CMS) und Interne Revision (IR).

In der Regel verfügen Unternehmen über separierte Systeme für die Umsetzung dieser vier Gestaltungsfelder mit jeweils getrennten Verantwortlichkeiten. In der Folge ergeben sich häufig parallele, inhaltlich und methodisch nicht abgestimmte Prozesse zur Erhebung und Bewertung von bestimmten Risikoarten sowie von Maßnahmen und Kontrollen, die das Erreichen der Governance-Ziele gefährden bzw. erschweren können. Unter Umständen bestehen aber auch erhebliche Regelungslücken, wenn Gestaltungsfelder fehlen oder nur rudimentär ausgeprägt sind.

Aus diesem Grund hat sich die Unternehmensgruppe Mainzer Stadtwerke AG entschieden, die Funktionen Risikomanagement, Internes Kontrollsystem, Compliance-Management und Interne Revision in einer Organisationseinheit zu bündeln und Synergieeffekte aus der informatorischen, methodischen, prozessualen, technischen und organisatorischen Integration der genannten Systeme zu schöpfen. Dabei wird insbesondere die koordinierte Steuerung der Überwachungsaktivitäten sowie die effiziente Nutzung der Ressourcen angestrebt (Vermeidung von Redundanzen). Seit dem 01.01.2021 ist das Referat zudem auch für das gesamte Richtlinienmanagement der MSW zuständig. Es erfüllt in diesem Sinne die Rolle eines übergeordneten Qualitätsmanagements und ist ferner für die Aufgabenbereiche Datenschutz sowie für die SAP-Berechtigungsadministration zuständig. Für diese Aufgaben stehen insgesamt 6,7 Mitarbeiter (in Vollzeitäquivalenten) zu Verfügung.

Die Kontaktdaten der Ansprechpartner für das Gleichbehandlungsprogramm wurden allen Mitarbeitern im Intranet bekannt gemacht. Bei Fragen zum GBP sind der Gleichbehandlungsbeauftragte oder sein Stellvertreter stets telefonisch, elektronisch oder persönlich erreichbar, so dass die Fragen jeweils zeitnah beantwortet werden. Die Mitarbeiter sind in den Informationsveranstaltungen zum GBP darauf hingewiesen worden, dass sie zur Kontaktaufnahme berechtigt und verpflichtet sind.

Darüber hinaus wurde das Thema Gleichbehandlung auch in der Mitarbeiterzeitung „Inform“ aufgegriffen und den Mitarbeitern vorgestellt und erläutert. Im Intranet wurde eine Rubrik „Gleichbehandlungsmanagement“ eingerichtet. Dort sind u. a. das GBP sowie die Schulungsunterlagen hinterlegt. Außerdem können hier die am häufigsten gestellten Fragen samt Antworten nachgelesen werden.

Der Gleichbehandlungsbeauftragte besitzt ein Vortragsrecht bei der Unternehmensleitung und informiert diese regelmäßig sowie kurzfristig bei Bedarf. Im Jahr 2021 hat der Gleichbehandlungsbeauftragte die Unternehmensleitung einmal über die eingetretenen Entwicklungen in Sachen Gleichbehandlungsmanagement informiert.

II. Umsetzung des Gleichbehandlungsprogramms

Die Aufbauorganisation der MSW entspricht den Anforderungen des Energiewirtschaftsgesetzes und ist auf die diskriminierungsfreie Ausübung des Netzgeschäfts ausgerichtet.

Wirtschaftlich sensible Daten werden vom Netzbetrieb vertraulich behandelt. Wirtschaftlich relevante Daten werden diskriminierungsfrei an die Marktpartner kommuniziert. In den Informationsveranstaltungen zum GBP werden die Führungskräfte und Mitarbeiter mit Nachdruck aufgefordert, stets Diskriminierungsfreiheit in den Tätigkeiten des Netzbetriebs zu gewährleisten.

Mainzer Netze GmbH:

Im Jahr 2021 sind weder intern noch extern Entflechtungsverstöße bekannt geworden. Deshalb waren etwaige Sanktionen gegen Mitarbeiter nicht notwendig.

Seit dem 15.05.2017 firmiert die Mainzer Netze GmbH unter dem folgenden Logo.



Zur Sicherstellung der Unterscheidbarkeit des Netzbetreibers von anderen Konzerngesellschaften wurden Name und Logo mit der BNetzA im Vorfeld abgestimmt. Durch Verwendung anderer Farben im M sowie durch eine Hervorhebung des Namensteils „Netze“ ist die Unterscheidbarkeit eindeutig sichergestellt.

Exkurs Beschwerdemanagement Strom und Gas:

Zweck der Geschäftsanweisung GA 68 vom 30.10.2012 ist die Behandlung von Streitfällen mit Verbrauchern und deren schnelle und qualifizierte Lösung.

Die hausinterne Bearbeitung von Beschwerdevorgängen hinsichtlich technischer Aspekte oder Lieferantenwechsel- oder Zählerdatenprobleme konnte im Betrachtungszeitraum in der Regel erfolgreich im Interesse der Verbraucher Klärungen herbeiführen.

Durch die seit 2011 tätige „Schlichtungsstelle Energie e.V.“ wurde MN in mehreren Beschwerdefällen um Mithilfe bei der Sachverhaltsklärung bei Problemen mit Ablesedaten oder Sperrvorgängen gebeten. In enger Abstimmung mit COUNT+CARE wurden die Fälle recherchiert und in nachvollziehbarer Form dokumentiert. Zurzeit sind keine Schlichtungsfälle anhängig.

MN war an einem gerichtlichen Verfahren vor dem Bundesgerichtshof (BGH) zwischen einem im Netzgebiet der MN zuständigen Grundversorger und der Bundesnetzagentur als Verfahrensbeteiligte beteiligt. Gegenstand des Verfahrens (Az. EnVR 104/19) war die Frage, wem unberechtigt genutzte Lieferstellen bilanziell zuzuordnen sind. Dem Verfahren waren ein Aufsichtsverfahren der BNetzA (Az. BK6-16-161) und ein Beschwerdeverfahren vor dem OLG

Düsseldorf (Az. VI-3 Kart 801/18 [V],) vorangegangen, in denen der betroffene Grundversorger jeweils der BNetzA unterlegen war.

Mit Beschluss vom 27.10.2020 wies der BGH die durch den Grundversorger eingelegte Rechtsbeschwerde zurück. Die Leitsätze der Entscheidung lauten wie folgt:

- a) Stromentnahmen an der Lieferstelle eines Haushaltsanschlusses, die ohne vertragliche oder gesetzliche Grundlage erfolgen, sind dem Bilanzkreis desjenigen Elektrizitätsversorgungsunternehmens zuzuordnen, welches die Kosten für die entnommene Energie trägt und dem spiegelbildlich gegen den Nutzer der Lieferstelle ein Schadensersatz- oder Bereicherungsanspruch zusteht. Dies ist im Niederspannungsbereich der Grundversorger.
- b) Die Festlegung der Geschäftsprozesse zur Kundenbelieferung mit Elektrizität (GPKE) ist rechtmäßig, soweit sie dem Grundversorger eine Abmeldung von Lieferstellen versagt, für die weder ein vertragliches noch ein gesetzliches Lieferverhältnis besteht und für die ein solches vom Nutzer auch nicht beansprucht werden kann.

Zum 15.10.2021 veröffentlichte die MN ihre vorläufigen Netzentgelte für Strom und Gas betreffend das Kalenderjahr 2022. Zum 31.12.2021 wurden sodann die endgültigen Netzentgelte veröffentlicht, welche in der Sparte Strom im Vergleich zu den vorläufigen Netzentgelten aufgrund veränderter Einspeise- und Entnahmeverhältnisse geringfügig angepasst werden mussten. In der Sparte Gas entsprachen die vorläufigen den endgültigen Netzentgelten. Ende Dezember 2021 erfolgte die fristgerechte Publikation der Entgelte auf der Website der MN. Die Marktpartner wurden zeitgleich mit der Veröffentlichung im Internet über die ab 01.01.2022 gültigen Preisblätter Strom und Gas informiert.

Die MN hat zum 01.07.2021 die Analyse der aktuellen Versorgungssituation nach Maßgabe des § 36 Abs. 2 EnWG durchgeführt und hieraus die Grundversorger für die Jahre 2022 bis 2024 abgeleitet. An den bisherigen Grundversorgungszuordnungen änderte sich nichts. Die Grundversorger beliefern die relative Mehrheit der Strom- und Gashaushaltskunden in den benannten Städten und Gemeinden (§ 36 Abs. 2 S. 1 EnWG). Die Veröffentlichung der ab 2022 zuständigen Grund- und Ersatzversorger wurde gem. § 36 Abs. 2 S. 2 EnWG fristgerecht bis zum 30.09.2021 im Internet veröffentlicht. Die Grund- und Ersatzversorger wurden von der MN parallel über die neue (bzw. unveränderte) Zuständigkeit entsprechend fristgerecht informiert.

Exkurs: Prozessprüfungen aus BDEW-Informationsveranstaltungen in 2021

Ladesäuleninfrastruktur

Gemäß EU-Richtlinie 2019/944 betätigen sich die Mainzer Netze GmbH nicht als Ladesäulenbetreiber. Es werden ausschließlich technische Dienstleistungen für Errichtung, Wartung und Entstörung im Auftrag der Gesellschaften MSW, MSVS und Dritten erbracht.

Anfragen zu Netzanschlüssen oder Verstärkungen für Ladesäuleninfrastruktur von Privatpersonen oder Unternehmen werden zeitnah bearbeitet. Dabei unterstützt eine Online - Eingabemaske, die einen automatisierten Workflow ermöglicht. Hierdurch ist eine kurze Bearbeitungszeit für Anmeldungen und Genehmigungen gewährleistet.

Wasserstoffinfrastruktur

Die MN betreiben derzeit keine Wasserstoffinfrastruktur im Sinne der Definitionen des §39a und 39b EnWG bzw. der §28ff EnWG.

Allerdings wird im Energiepark Mainz am Gashochdrucknetz der MN eine Erdgas-/Wasserstoff-Mischanlage betrieben, über die der Stadtteil Mainz-Ebersheim sowie der Wirtschaftspark Mainz Rhein/Main mit einem Mischgas mit 10 Vol% Wasserstoff aus einer Elektrolyse-Anlage versorgt wird. Da der zur Elektrolyse eingesetzte Strom nachweislich weit überwiegend aus erneuerbaren Energiequellen im Sinne der Richtlinie 2009/28/EG stammt, wird die Einspeisung von MN als Biogas-Einspeisung nach §31ff GasNZV behandelt. Eine weitere Anfrage zur Einspeisung von grünem Wasserstoff im Sinne der §31ff GasNZV liegt MN zur Bewertung vor.

Das Themengebiet „Netzdienliche Speicheranlagen“ ist z.Zt. bei der MN nicht relevant.

COUNT+CARE GmbH & Co. KG:

Im Bereich Technologie & Lösungen, IT- und Prozess-Services, im Datenmanagement, im Kunden- und Abrechnungsmanagement sowie im Messstellenbetrieb nehmen MSW, MSVS und MN Dienstleistungen der Beteiligungsgesellschaft COUNT+CARE in Anspruch. COUNT+CARE stellt sicher, dass die gesetzlichen Verpflichtungen hinsichtlich der informatischen Entflechtung eingehalten werden.

Eine Ausfertigung des Gleichbehandlungsprogramms wurde COUNT+CARE zur Verfügung gestellt, mit der Aufforderung, die Vorgaben des Programms einzuhalten und – soweit notwendig - die Durchführung geeigneter Maßnahmen nachzuweisen.

COUNT+CARE hat (rückblickend) die folgenden ausgewählten Maßnahmen ergriffen:

Jahr 2005 bis Jahr 2012

Start der Erfassung der internen Stellenbeschreibungen und der Prozesse sowie deren Dokumentation in einem Managementhandbuch im Jahr 2005.

Implementierung der Systeme für die von der BNetzA geforderte Standardisierung der Geschäftsprozesse zur Kundenbelieferung mit Elektrizität (GPKE) sowie Umstellung des Datenaustauschs auf das bundeseinheitliche EDIFACT-Format (01.08.2007).

Produktivsetzung der elektronischen Netznutzungsabrechnung (01.10.2007)

Produktivsetzung der MaBIS (01.04.2011), Produktivsetzung der WiM (Wechselprozesse im Messwesen) gemäß den BNetzA-Vorgaben (01.10.2011).

Im Jahr 2012 wurden erstmalig auch die EVU-Prozesse der Gesellschaft nach dem Prüfungsstandard PS 951 - Typ B mit einem Effektivitätszeitraum von 3 Monaten überprüft.

Jahr 2013

In der Berichtsperiode 2013/2014 der PS 951 Typ B - Prüfung war es ein wesentliches Ziel, die Effizienz der Prüfungsdurchführung für alle Verantwortlichen weiter zu optimieren. So wurde die COUNT+CARE Wissenswelt als zentrales Medium für die sorgfältige Dokumentation der gesamten Prüfung, der Kontrollziele und der Ergebnisse genutzt.

Zusätzlich wurden klar definierte Rollen mit zugewiesenen Verantwortungsbereichen für jeden einzelnen, zu prüfenden Kontrollprozess implementiert: Kontrollverantwortlicher (Prozessverantwortlicher) und Kontrolldurchführungsverantwortlicher.

Jahr 2014

Im Jahr 2014 wurde die Zertifizierung nach dem PS 951 Standard, Typ B, nur für die Netzgesellschaften durchgeführt. Die Effektivitätsprüfung betraf das komplette Geschäftsjahr 2014.

In der Periode 2014 wurden die Beschäftigten des Unternehmens im Turnus über die Grundsätze des Gleichbehandlungsprogrammes geschult.

Der Prüfungsbericht der KPMG zur PS 951 Typ B Prüfung liegt seit März 2015 vor. Der Prüfungsbericht hat zu keinen Beanstandungen geführt.

Jahr 2015

Aufgrund allgemeiner, organisatorischer Veränderungen und der Erfahrungen aus der vergangenen Prüfungsperiode wurden gemeinsam mit KPMG und in Abstimmung mit der Geschäftsführung COUNT+CARE, im Vorfeld der GPKE / GeLi-Gas Prüfung für die Rolle Netz, Typ B, für das Jahr 2015 folgende Maßnahmen zur Optimierung in die Wege geleitet:

Schaffen eines noch stärkeren Bewusstseins bei den Kontrollverantwortlichen im Hinblick auf eine standardmäßige Berücksichtigung von Zertifizierungen und Wirtschaftsprüfungen in der Planung der Fachbereiche,

Rechtzeitige Terminplanung mit allen Kontrollverantwortlichen über Ablauf, Aufgabenverteilung und Verantwortlichkeiten im Rahmen der Zertifizierung,

Herstellung eines 1:1 Verhältnisses von Kontrolle zu Prozess (Adonis) oder Prozessbeschreibung durch die Kontrollverantwortlichen,

Implementierung eines Review-Prozesses für Dokumentationen, Arbeitsanweisungen und Prozesse/Prozessbeschreibungen in allen Bereichen,

Regelmäßige Termine mit den Kontrollverantwortlichen in Vorbereitung eines effizienten Zertifizierungsablaufes.

Als Zielsetzungen wurden seitens der Geschäftsführung, in Abstimmung mit der KPMG, ergänzend postuliert: Steigerung der Qualität und Erhöhung der Effizienz.

Der Prüfungsbericht lag im März 2016 vor und hat zu keinerlei Beanstandungen Anlass gegeben.

Jahr 2016

Die Prüfungsschwerpunkte waren im Berichtsjahr im Wesentlichen unverändert.

Im Bereich der informatorischen Entflechtung stand in der gegenständlichen Periode u.a. wieder die Überprüfung der Pflichtunterweisung zum Gleichbehandlungsprogramm im Fokus der PS 951 Prüfung der KMPG, die im zweijährigen Turnus stattfindet.

Die KPMG prüfte schließlich, inwieweit die aktuellen Rahmenverträge der COUNT+CARE mit den Verteilnetzbetreibergesellschaften (z.B. MN) die wichtigen Kriterien zum vertraulichen Umgang und der Verarbeitung mit wirtschaftlich sensiblen und wirtschaftlich vorteilhaften Informationen gemäß der EnWG-Vorgabe enthalten. Die Verträge erfüllten die Kriterien.

Der sogenannte One Pager der KPMG mit den Prüfungsschwerpunkten wurde der Bundesnetzagentur zeitnah im Anschluss zur Verfügung gestellt.

Jahr 2017

Der Prüfungsmodus für GPKE und GeLi Gas war unverändert. Seitens der Geschäftsführung wurde lediglich der Prüfungsrahmen über einen Change Request erweitert. Der Prozess „Einspeiser für GPKE / GeLi Gas Netz bzw. Verteilnetzbetreibergesellschaften“ wurde in den Scope der zu überprüfenden Kontrollhandlungen mit aufgenommen.

Im Prüfungszeitraum wurden mit allen benannten Kontrollverantwortlichen der COUNT+CARE Interviews geführt, in denen die Wirksamkeit der Kontrollhandlungen sowie die dazugehörige Verfügbarkeit der Dokumente, Verfahrensanweisungen und Vertragsvereinbarungen eingehend überprüft wurden.

Der Prüfungsbericht der KPMG ist der Mainzer Stadtwerke AG als sog. One-Pager zur Verfügung gestellt worden.

Jahr 2018

Die PS 951 Prüfung wurde fortwährend optimiert und damit für die COUNT+CARE Beschäftigten und die Prüfer der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG effizienter gestaltet.

Alle benannten internen Kontrollverantwortlichen für die GPKE/GeLi Gas- Prozesse erhielten über ein internes Ticketsystem (JIRA) entsprechende Teilaufgaben der Prüfung zugewiesen.

Die Beschäftigten wurden über die Inhalte des Gleichbehandlungsprogramms geschult. Die in der Prüfungsperiode neu eingetretenen Beschäftigten haben mit Ihrer Unterschrift auf dem hierfür vorgesehenen Formular bestätigt, dass sie die Inhalte des Gleichbehandlungsprogramms, die in der COUNT+CARE Wissenswelt hinterlegt sind, zur Kenntnis und Beachtung genommen haben.

Der Prüfungsbericht der KPMG wurde der Mainzer Stadtwerke AG bereitgestellt.

Jahr 2019

Im Jahr 2019 waren im Rahmen der Prüfung insgesamt 42 Mitarbeiter der COUNT+CARE mit der aktuellen Dokumentation und der Vorlage von Nachweisen zur Einhaltung der von der KPMG geforderten Kontrollen eingebunden. Dabei wurden 781 Jira-Tickets zur Bearbeitung an die Kontrollverantwortlichen adressiert. Zusätzlich wurden – wie die Jahre zuvor – Einzelinterviews mit den COUNT+CARE Ansprechpartnern geführt.

Im Einzelnen standen für die KPMG im Berichtszeitraum zusätzlich zum bisherigen Scope das System P3A mit den Vertriebs-Mandanten 101 und 901 im Fokus der Betrachtung. Es wurden die nachfolgenden Bereiche geprüft:

EVU-Prozesse (Billing)

- Kundenbestand
- Ablesung
- Abrechnung
- Netznutzungs-Rechnungsprüfung
- Hochrechnung
- Abstimmung Hauptbuch / Nebenbuch

Generelle IT (IS-U)

- IT-Organisation
- Informatrische Entflechtung
- Berechtigungsadministration
- Change Management
- Notfalluser Management
- Betrieb der IT

Der Scope des auch in 2018 geprüften Systems P8A für die Netz-Mandanten 102 und 103 ist um diverse Prüfpunkte im Bereich Billing und IT erweitert worden, so dass im Jahr 2019 nachfolgende Bereiche der Prüfung unterzogen wurden:

GeLiGas/GPKE

- Allgemeine Nachrichtenverarbeitung
- Unterstützungsprozesse GPKE GeLiGas
- Lieferbeginn
- Lieferende
- Zählerdatenübermittlung SLP
- Zählerdatenübermittlung RLM

EVU Prozesse (Billing)

- Kundenbestand
- Ablesung
- Abrechnung
- Hochrechnung
- Abstimmung Hauptbuch / Nebenbuch

Generelle IT (IS-U)

- IT Organisation
- Informatorische Entflechtung
- Berechtigungsadministration
- Change Management
- Notfalluser Management
- Betrieb der IT

Hervorzuheben im Rahmen der Prüfung ist, dass in 2019 die Mehrzahl der Kontrollen automatisiert und intelligent geprüft wurden (Vollprüfung anstatt anhand von Stichproben).

Der Prüfungsumfang umfasste im Jahr 2019 insgesamt 162 Kontrollen, wobei 106 Kontrollen auf der Netzseite und 56 Kontrollen auf der Lieferantenseite geprüft wurden. Die KPMG war mit dem Prüfungsverlauf sehr zufrieden und dankte allen Beteiligten.

Jahr 2020

Die PS 951 Prüfung im Jahr 2020 vollzog sich, analog zu 2019, in einem erweiterten Rahmen im Hinblick auf den Prüfungsumfang, den weitestgehend automatisierten Ablauf und die involvierten Beschäftigten.

Zusätzlich wurden, wie die Jahre zuvor, Einzelinterviews mit den COUNT+CARE Ansprechpartnern geführt. Im Einzelnen standen für die KPMG im Berichtszeitraum zusätzlich zum bisherigen Scope das System P3A mit den Vertriebs-Mandanten 101 und 901 im Fokus der Betrachtung. Hier wurden die nachfolgenden Bereiche geprüft:

EVU-Prozesse (Billing)

- Kundenbestand
- Ablesung
- Abrechnung
- Netznutzungs-Rechnungsprüfung
- Hochrechnung
- Abstimmung Hauptbuch / Nebenbuch Generelle IT (IS-U)
- IT-Organisation
- Informatorische Entflechtung
- Berechtigungsadministration
- Change Management - Notfalluser Management
- Betrieb der IT

Der Scope des auch in 2019 geprüften Systems P8A für die Netz-Mandanten 102 und 103 wurde um diverse Prüfpunkte im Bereich Marktkommunikation (bspw. Lieferscheine) erweitert, so dass im Jahr 2020 nachfolgende Bereiche der Prüfung unterzogen wurden:

GeLi Gas/GPKE

- Allgemeine Nachrichtenverarbeitung
- Unterstützungsprozesse GPKE GeLiGas
- Lieferbeginn
- Lieferende
- Zählerdatenübermittlung SLP
- Zählerdatenübermittlung RLM Seite, Stammdaten, Lieferscheine; EVU Prozesse (Billing)
- Kundenbestand
- Ablesung
- Abrechnung
- Hochrechnung
- Abstimmung Hauptbuch / Nebenbuch Generelle IT (IS-U)
- IT Organisation
- Informatorische Entflechtung
- Berechtigungsadministration
- Change Management
- Notfalluser Management
- Betrieb der IT

Hervorzuheben im Rahmen der Prüfung ist, dass die Mehrzahl der Kontrollen automatisiert und intelligent geprüft wurden (Vollprüfung anstatt anhand von Stichproben). Weitere Erfolgsfaktoren der Prüfungsperiode waren eine sehr gute Steuerung seitens der von der Geschäftsführung beauftragten CC Projektleitung und regelmäßige Reviewtermine der KPMG Projektleitung mit den COUNT+CARE Kontroll- und Ausführungsverantwortlichen zur Klärung von Fragen im Zusammenhang mit der geforderten Prüfungsleistung.

Der Prüfungsumfang umfasste im Jahr 2020 insgesamt 197 Kontrollen, wobei 141 Kontrollen auf der Netzseite und 56 Kontrollen auf der Lieferantenseite geprüft wurden. Die KPMG war mit dem Prüfungsverlauf sehr zufrieden und dankte allen Beteiligten.

Der Prüfungsberichts zusammenfassung als sog. One Pager wurde bereitgestellt.

Jahr 2021

Im Prüfungsjahr 2021 wurde die bisherige Systematik beibehalten. Die KPMG bescheinigte bei einem Online Abschlusstermin mit den Kontrollverantwortlichen am 24.11.2021 die vollste Zufriedenheit mit dem Prüfungsverlauf. Alle 182 Kontrollen konnten innerhalb der zeitlichen Vorgaben abgeschlossen werden und wurden als effektiv eingestuft. Damit wurde eine vollständige Verlässlichkeit der eingerichteten Kontrollmechanismen gewährleistet und es haben sich laut Auskunft der KPMG keine weiteren Fragen für die Prüfung ergeben. Die KPMG dankte allen beteiligten Beschäftigten der COUNT+CARE sowie der Projektsteuerung für die wiederum sehr gute Zusammenarbeit im Rahmen des Prüfungsprozesses im Jahr 2021.

Der Prüfungsbericht der KPMG wird für Anfang Februar 2022 erwartet.

Überlandwerk Groß-Gerau GmbH (ÜWG):

Neue Mitarbeiter bei ÜWG, die mit der Erfüllung von Aufgaben betraut sind, die unter Unbundling-Gesichtspunkten ein bestimmtes Maß an Diskriminierungsanfälligkeit aufweisen können, werden gemeinsam mit den Mitarbeitern von MSW und MN geschult.

Netzsicherheitsmanagement und Systemverantwortung:

Aus Sicht des Netzsicherheitsmanagements konnte die MN auch im Jahr 2021 auf ein aktives Einspeisemanagement verzichten. Bedingt durch den weiterhin überwiegend industriellen und städtischen Netzcharakter mit einem starken Lastschwerpunkt sowie den nur gering gestiegenen Einspeisungen, ist das Verhältnis EEG-Einspeisung zu Netzlast auch weiterhin günstig. Die technischen Vorgaben gemäß § 9 Erneuerbare-Energien-Gesetz finden bei allen Neu- und Bestandsanlagen auch weiter Anwendung.

Die Umsetzung der Maßnahmen zur Behebung des im Jahr 2017 ausgewiesenen Netzengpasses verzögert sich aufgrund externer Umstände erneut. Aufgrund äußerer Einflüsse gibt es eine Verschiebung in das Jahr 2022 so dass ab Ende 2022 mit einer deutlichen Entspannung der Netzsituation zu rechnen ist.

Daraus leiten sich auch für 2022 Netzsicherheitsmaßnahmen in Form von kostenpflichtigen Kraftwerkeinsätzen nach den Prozessen des Redispatch ab, um in kritischen Netzsituationen, wie Wartungsarbeiten an den Einspeisungen der vorgelagerten Netze, das erweiterte n-1-Kriterium der Übertragungsnetzbetreiber sicherzustellen.

Anschlussanfragen von Kunden mit hohen Leistungsanforderungen, beispielsweise Rechenzentren, wurden, soweit sie sich in der unmittelbaren Nähe von leistungsstarker Netzinfrastruktur befanden, weitgehend zugesagt. Eine mögliche zeitliche Staffelung der Leistungsanforderung ist dabei Anschlussvoraussetzung. Der derzeitige Zeitrahmen der Staffelung entspricht den Baumöglichkeiten der Kunden und führt nur noch zu geringen zeitlichen Beeinflussungen. Kritisch sind hier nur Verzögerungen, die sich durch die Marktsituation (Verlängerung Lieferzeiten etc.) ergeben.

Bezüglich der Systemverantwortung nach §§ 13 und 14 EnWG („Kaskade“) befindet sich die neue Anwendungsregel VDE-AR-N 4140 in der Umsetzung. Die nun zeitlich verkürzten Umsetzungsvorgaben von Maßnahmen wurden mit den vorgelagerten (Übertragungs-)Netzbetreibern Amprion GmbH, Westnetz GmbH und Syna GmbH abgestimmt.

Für die Umsetzung der aus den Vorgaben zum Redispatch 2.0 resultierenden Prozesse und Systemanforderungen hat MN im Jahr 2021 ein Projekt durchgeführt. Die Anforderungen aus dem Redispatch 2.0 wurden termingerecht zum 30.09.2021 erfüllt. Seit dem 01.10.2021 erfolgen die Redispatch-Prozesse online. Zusammen mit anderen Marktteilnehmern und den Softwareanbietern laufen noch Stabilisierungsmaßnahmen.

Individuelle Netzentgelte gem. § 19 Abs. 2 Satz 1 und 2 StromNEV

Hochlastzeitfenster, die als Grundlage für vertragliche Vereinbarungen mit Kunden nach § 19 Abs. 2 Satz 1 StromNEV dienen, werden seit Jahren im Internet veröffentlicht. Seit dem Jahr 2014 wurden von Letztverbrauchern entsprechende Anzeigen nach § 19 Abs. 2 Satz 1 und/oder Satz 2 StromNEV bei der BNetzA eingereicht; sie werden dementsprechend mit individuellen Netzentgelten abgerechnet. Im Jahr 2021 wurden sechs neue Vereinbarungen mit Letztverbrauchern betreffend individuellen Netzentgelten nach § 19 Abs. 2 Satz 1 StromNEV abgeschlossen. Betreffend das Jahr 2021 wurde keine Vereinbarung mit einem weiteren stromintensiven Letztverbraucher nach § 19 Abs. 2 Satz 2 StromNEV unterzeichnet.

Sämtliche Netznutzer mit individuellen Netzentgelten sind auf der Internetseite der MN veröffentlicht. Die im Internet veröffentlichten technischen und vertraglichen Regeln lassen keine Diskriminierung oder Bevorzugung einzelner Netznutzer / Letztverbraucher zu.

Konzessionen

Nach dem EnWG ist ein Konzessionsvertrag nicht zwingend mit dem Netzbetreiber abzuschließen. Allerdings spielt der Netzbetreiber im Konzessionsverfahren auch dann eine Rolle, wenn ein anderer Teil des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens um die Konzession bietet. Besonders in dieser Konstellation können Entflechtungsthemen relevant werden (z.B. Marken- und Kommunikationsverhalten oder informatorische Entflechtung).

In der MSW-Unternehmensgruppe werden Konzessionsverträge mit dem Eigentümer der Strom- und/oder Gasnetze abgeschlossen.

Bis Ende 2015 standen die Strom- und Gasnetze teilweise im Eigentum der Stadtwerke Mainz Eigentums GmbH, einer 100%igen Tochtergesellschaft der MSW (s.o. Teil A Ziffer 3). Entflechtungsthemen resultierten daraus jedoch nicht, weil MSW keinen eigenen Strom- und/oder Gasvertrieb hatte.

Seit Oktober 2016 verfügt MSW zwar über einen eigenen Strom- und Gasvertrieb; Entflechtungsrelevanz im Zusammenhang mit der Durchführung von Konzessionsverfahren entsteht dadurch aber gleichwohl nicht. Denn die Stadtwerke Mainz Eigentums GmbH wurde im Dezember 2015 auf die Netzgesellschaft MN verschmolzen. Seitdem stehen die Strom-

und Gasnetze im Eigentum der MN, soweit diese nicht Eigentum der ÜWGS, RHE oder NWU sind (s.o. Teil A Ziffer 3). Im Bieterverfahren um Konzessionen tritt MN also sowohl als Netzeigentümer als auch als Netzbetreiber auf. Der Strom- und Gasvertrieb ist in diesen Prozess hingegen in keiner Weise involviert.

Zähler- und Messmanagement

Das Gesetz über den Messstellenbetrieb und die Datenkommunikation in intelligenten Energienetzen (Messstellenbetriebsgesetz - MsbG), dass das Mess- und Zählwesen neu regelt, trat am 02.09.2016 in Kraft. Es adressiert insbesondere den Rollout moderner Messeinrichtungen (mME) und intelligenter Messsysteme (iMSys).

MN entspricht den gesetzlichen Anforderungen, indem sie bekannt gab, den Messstellenbetrieb als grundzuständiger Messstellenbetreiber (gMSB) zu übernehmen, und indem sie ein entsprechendes Preisblatt veröffentlichte. Zudem werden seit dem 01. Juli 2017 moderne Messeinrichtungen eingesetzt. Der Einbau modernerer Messeinrichtungen wird im Rahmen des turnusmäßigen Zählerwechsels kontinuierlich fortgesetzt.

Der Rollout der iMSys startet, sofern mindestens drei voneinander unabhängige Unternehmen diese am Markt anbieten (§§ 29, 30 MsbG). Zwischenzeitlich wurde die technische Möglichkeit zum Einbau intelligenter Messsysteme durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) für bestimmte Messstellen festgestellt (siehe Markterklärung vom 31.01.2020) und somit der Rollout für gewisse Kundengruppen gesetzlich vorgeschrieben (Verbraucher zwischen 6.000 und 100.000 kWh Jahresverbrauch ohne registrierende Lastgangmessung, für die keine Vereinbarung nach § 14a EnWG besteht) und gestartet. MN war auf diese Markterklärung vorbereitet: ein gleichbehandlungskonformes Kundenansprechen zum Zählerwechsel, FAQ's auf der Homepage und Anpassung der Marktkommunikation (MaKo 2020) sowie der Verträge im Messwesen sind bereits erfolgt. Zudem ist die als Smart-Meter-Gateway-Administrator (SMGWA) vertraglich beauftragte COUNT+ CARE GmbH & Co. KG gemäß § 25 MsbG zertifiziert. Den Parallelbetrieb von konventioneller und moderner Messtechnik hat MN entflechtungskonform über eigene Buchungskreise dargestellt.

Nachdem die ersten zertifizierten intelligenten Messsysteme im Jahr 2020 im Netzgebiet installiert wurden, ging der Rollout auch im Jahr 2021 weiter. Inzwischen sind über 1.000 intelligente Messsysteme bei Kunden eingebaut worden und befinden Sie in stabilem Betrieb. Damit ist der Übergang in einen massentauglichen Prozess gelungen. Das Erreichen der 10% Einbauquote im Jahr 2023 ist dadurch sichergestellt.

Um die intelligenten Messsysteme auf neusten Firmwarestand zu betreiben, wurde mit der zuständigen Eichdirektion in Rheinland - Pfalz Kontakt aufgenommen, um das Vorgehen eines Firmwareupdates abzustimmen. Durch regelmäßige Updates ist sichergestellt, dass auch Vorgaben aus dem regulatorischen Umfeld umgesetzt werden können.

III. Konzept der Informationsveranstaltungen

Der Schwerpunkt der Informationsveranstaltungen lag in der MSW-Unternehmensgruppe auf der Sensibilisierung der mit Tätigkeiten des Netzbetriebs befassten Mitarbeiter auf die Thematik des GBPs. Es wurde betriebsintern über die Pflichten der Mitarbeiter sowie über die Konsequenzen bei etwaigen Verstößen gegen das Programm informiert. Hierbei wurden auch – je nach Bereichen, aus denen die zu schulenden Mitarbeiter kamen – anschauliche Fälle aufgezeigt, die konkretes Diskriminierungspotential bergen. Die Informationsveranstaltungen wurden von dem Gleichbehandlungsbeauftragten und dessen Stellvertreter (Herrn Scheidt und Herrn Seibel) durchgeführt. Geschult wurden alle im Berichtszeitraum neu eingestellten Mitarbeiter. Die letzte Schulungsmaßnahme fand im November 2021 statt.

Die im Rahmen der Diskussion spontan auftretenden Fragen wurden von dem Gleichbehandlungsbeauftragten bzw. seinem Stellvertreter sofort beantwortet. Darüber hinaus auftretende Fragen wurden im Nachgang zu den Schulungsveranstaltungen in Einzelgesprächen zeitnah beantwortet. Aus den am häufigsten gestellten Fragen bzw. aus den Fragen, die von allgemeinem Interesse sind, hat der Gleichbehandlungsbeauftragte eine Zusammenstellung „Häufig gestellte Fragen (FAQs)“ erstellt, die allen Mitarbeitern zum Nachlesen im Intranet zur Verfügung steht.

Das Gleichbehandlungsprogramm sowie die Betriebsvereinbarung sind im Intranet veröffentlicht und für alle Mitarbeiter einsehbar.

Anschließend hat jeder Mitarbeiter eine Teilnahmeerklärung unterschrieben. Mit der Unterschrift erklärt er, dass er über seine Pflichten aus dem GBP umfassend informiert wurde. Inhalt der Erklärung ist weiterhin, dass der Mitarbeiter in Zweifelsfällen dazu berechtigt und verpflichtet ist, Rat bei dem Gleichbehandlungsbeauftragten der MSW bzw. seinem Stellvertreter einzuholen, und dass Verstöße gegen das GBP arbeitsrechtliche Folgen haben können. Die unterschriebene Teilnahmeerklärung wird in der Personalakte abgelegt.

- Der Gleichbehandlungsbeauftragte bzw. ein Referatsmitarbeiter haben im Berichtszeitraum an folgenden Informationsveranstaltungen zum GBP teilgenommen: BDEW-Informationstag: „Gleichbehandlungsmanagement 2021“ am 18.03.2021 (virtuell).
- BDEW-Informationstag „Erfahrungsaustausch für Gleichbehandlungsbeauftragte“ 29./30.09.2021 (Livestream)
- BDEW-Informationstag: „Gleichbehandlungsmanagement 2022“ am 15.02.2022 (online)

IV. Überwachungskonzept

Die Sicherstellung der Einhaltung des GBPs ist in der MSW-Unternehmensgruppe an die betroffenen Bereiche delegiert. Der Gleichbehandlungsbeauftragte führt im Rahmen des Revisionsprogramms Kontrollen durch. Er ist befugt, Mitarbeiter aus allen relevanten Bereichen und Unternehmensteilen zu befragen sowie in sämtliche Unterlagen diskriminierungsrelevanter Prozesse umfassend Einsicht zu nehmen. Die Mitarbeiter sind verpflichtet, dem Gleichbehandlungsbeauftragten Verstöße und Beschwerden gegen das GBP mitzuteilen. Der Gleichbehandlungsbeauftragte berichtet über die bei der Überprüfung erzielten Ergebnisse in schriftlicher Form an den Vorstand der MSW sowie an die Geschäftsführung der MN.

V. Ausblick auf das Jahr 2022

Im Jahr 2021 haben wir uns weiterhin schwerpunktmäßig mit den Konsequenzen aus dem Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) befasst. Dies erfolgt auf Basis der „Gemeinsamen Auslegungsgrundsätze der Regulierungsbehörden des Bundes und der Länder zu entflechtungsrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit dem Messstellenbetrieb“ (Stand: 2. Auflage vom 09.07.2018).

Ergänzend wird die Ausgestaltung der Rolle des wettbewerblichen Messstellenbetreibers im Konzern eine zu überprüfende Aufgabe sein. Diese Rolle nimmt seit 2021 die MSVS wahr.

Ein weiterer Schwerpunkt im Jahr 2022 wird die betriebliche Stabilisierung des Redispatch 2.0 mit den anderen Marktpartnern darstellen sowie die bevorstehende Umsetzung der neuen Anforderungen des Unterfrequenz-Lastabwurfs.

Mainz, den 03.03.2022



Thomas Scheidt

(Der Gleichbehandlungsbeauftragte)